

Wer an Flucht und Vertreibung verdient, ist für Flucht und Vertreibung mitverantwortlich.

Politik zwischen Egoismus, Ethik und aufgeklärtem Eigeninteresse

Laut Deutschlandtrend vom 9. Januar 2025 sind Migration und Wirtschaft die Top-Themen für die Deutschen.¹ Dasselbe gilt für den laufenden Wahlkampf. Dabei besteht in zwei Bereichen unter den Parteien hohe Einheit: Zunächst ist sogar die AfD bereit, gut integrierte und für unsere Gesellschaft „nützliche“ Migranten im Land zu behalten, sodann wächst unter dem Druck der flüchtlingsablehnenden Polemik der AfD die Bereitschaft anderer Parteien (CDU, CSU, SPD, FDP, BSW), Flüchtlinge energischer rückzuführen („Remigration“) bzw. zu verhindern, dass Flüchtlinge überhaupt nach Deutschland zur Asylantragstellung hineinkommen. Der Fokus liegt auf Abschiebung, Abwehr und Abschottung, nicht auf Ursachenbekämpfung, denn auch die Sinnhaftigkeit von Entwicklungszusammenarbeit wird von Gesellschaft und bestimmten Parteien zunehmend angezweifelt – siehe etwa die polemische Kritik an „Fahrradwegen in Peru“, die Wirtschaftsvertreter ausdrücklich verteidigen.²

Diese Debatte ist so lange kurzsichtig, unmoralisch, unverantwortlich und heuchlerisch, wie Deutschland zur „Produktion“ von Flüchtlingen weltweit beiträgt und Fluchtursachen befeuert. Unter „Flucht“ wird hierbei verstanden, dass Menschen keine Wahlfreiheit beim Verlassen ihrer Heimat haben bzw. nicht zurückkehren können, da ihre Existenzgrundlage zerstört ist.

Das macht „bloße Armut“ zu einem Graubereich: Zum einen ist es in aller Regel keine unmittelbar-existenzielle, sondern eher eine schleichende und kumulierende Bedrohung, zum anderen kann man, wenn eine Migration erfolgreich ist und etwa Startkapital für ein Haus oder business zusammen ist, wieder nach Hause zurückkehren. Das ist deutlich anders bei Krieg und Klimawandel und der daraus folgenden Zerstörung von Lebensgrundlagen. In beiden Bereichen leistet Deutschland einen großen Beitrag.

Deutschlands Geschäft mit Waffen

Laut dem Stockholmer SIPRI Institut ist Deutschland 2019-2023 weltweit der fünftgrößte Waffenexporteur,³ und im Jahr 2024 erreichten Waffen- und Munitionsexporte aus Deutschland ein Allzeithoch: 13,2 Milliarden Euro.⁴ Dabei knüpft Deutschland den Export von (Groß- und Klein-)Waffen im Prinzip an strenge Kriterien. Zugleich gibt es davon immer wieder Ausnahmen bzw. viel zu wenig Kontrollen, um Bruch der Auflagen und Umgehungsmöglichkeiten zu kontrollieren.

In diesem Beitrag geht es nicht in erster Linie um den Nachweis, dass deutsche Waffen direkt in Krisengebieten oder bei Menschenrechtsverletzungen zum Einsatz kommen. Oder mit welchen Begründungen deutsche Waffen direkt geliefert werden oder „nur“ als Bestandteil von Gemeinschaftsprojekten mit NATO-Partnern. Hier soll erläutert werden, dass mit dem Export deutscher Waffen und waffenfähigen Gütern in Deutschland Firmen, Dividenden und Jobs gesichert werden und dass damit direkt oder indirekt an der „Erzeugung“ von Fluchtbewegungen Geld verdient wird. Konkret:

2024 lieferte Deutschland Waffen an vier Konfliktparteien in den Krisenregionen der Welt: Israel, Ukraine, Saudi-Arabien und Türkei. Es ist wenig bekannt, aber Israel bezieht 30%

seiner Waffen aus Deutschland und es wäre sehr naiv anzunehmen, dass diese Waffen nicht auch im Gazastreifen oder Libanon zur Anwendung kommen.⁵ Dass Deutschland Waffen im Wert von vielen Milliarden Euro in die Ukraine liefert, ist hingegen weit bekannt und wird immerhin diskutiert.⁶ Saudi-Arabien unterlag lange Exportverboten, dies wurde aber aufgehoben – trotz des Wissens um das Engagement im Jemen. Waffenlieferungen in die Türkei waren wegen der NATO-Mitgliedschaft immer schon erleichtert – ungeachtet des türkischen Unterdrückungskriegs gegen die kurdische Minderheit im eigenen Land oder die Einmischung in Syrien. Hinzu kommen Lieferungen in Staaten mit zweifelhaftem menschenrechtlichem Ruf wie Ägypten, Algerien, Indien, Singapur, Vereinigte Arabische Emirate, Katar....

Als nächstes interessiert die Frage, wohin deutsche Waffen ihren Weg finden, sobald sie einmal an den „Erstadressat“ geliefert sind. Bekannt ist der Fall von Heckler & Koch Gewehren, die mit einer erschlichenen, d.h. auf falschen Angaben beruhenden, Exportgenehmigung nach Mexiko geliefert wurden und in mexikanischen Konfliktregionen gegen die Zivilbevölkerung zum Einsatz kamen.⁷ Oder die Lieferung von Waffen an die kurdischen Peschmerga im Irak, wo die Bundesregierung anschließend auf Anfrage nicht mehr ausschließen konnte, dass doch Gewehre auf dem Schwarzmarkt landeten.⁸ Zugegeben: Solcher Missbrauch ist schwer zu belegen, aber die Indizien sind deutlich genug, um ihn nicht auszuschließen.

Und dann gibt es das Problem der „Dual Use“ Güter, also die Lieferung von Gütern, die nach Ankunft im Zielland zivil oder militärisch genutzt werden können, etwa Lastwagen oder bestimmte Komponenten, die in Waschmaschinen, Autos, Kühlschränken einerseits, oder Panzer, Raketen und Drohnen andererseits eingebaut werden können. Auch diese unterliegen eigentlich strengen Kontrollen⁹ – mit wenig Wirkung, beginnend mit der Tatsache, dass die Kontrollverantwortung über einen späteren Einsatz bei der exportierenden Firma selbst liegt, und zwar bei dem „Ausführverantwortlichen“.¹⁰ In diese Kategorien gehören Anzeichen, dass deutsche Exporte sogar die russische Kriegsmaschine gegen die Ukraine am Laufen halten. Natürlich erfolgen solche Exporte nicht mit dieser Absicht. Aber sollte man nicht genauer hinschauen, wenn bestimmte Exporte in russische Nachbarstaaten steil ansteigen – so etwa der Anstieg von Autos und Autoersatzteilen nach Kirgistan um 6000%.¹¹ Oder: Die „Killerdrohnen“ der Hisbollah könnten nicht ohne deutsche Bauteile fliegen,¹² was vielleicht daran liegt, dass immer noch deutsche Dual-Use-Exporte in den Iran genehmigt werden.¹³ Oder: Obwohl China einem deutschen Waffenembargo unterliegt, wurden nach dort 2021 Dual-Use-Exporte in Höhe von 2,5 Milliarden Euro genehmigt...

Es ergibt sich jedenfalls folgendes Bild:

Die Aktien einer Reihe von deutschen Firmen (Rheinmetall, Hensoldt, Diehl, Heckler & Koch...) feiern spätestens seit dem Angriff von Russland auf die Ukraine Dauerparty an der Börse. Es sieht leider danach aus, als ob es noch eine Weile so bleibt,¹⁴ auch und gerade, weil unter dem neuen US-Präsident Donald Trump höhere Verteidigungsleistungen eingefordert werden – inzwischen fordert Trump Ausgaben in Höhe von 5% des Bruttoinlandsprodukts.¹⁵ Und selbst wenn es schwierig ist, Missbrauch von Dual Use-Gütern aufzudröseln und eine klare Zuordnung zum Geschäft mit Tod und Vertreibung herzustellen: Es sollte jedem einleuchten, dass es um Investitionen, Auftragserteilungen und Exporte in Milliardenhöhe geht und somit auch hier angenommen werden kann, dass ein beachtlicher Anteil in diesem Segment an Tod und Vertreibung mitschuld ist.

Deutschlands Mitverantwortung für den eskalierenden Klimawandel

Schon jetzt ist der Klimawandel und damit zusammenhängende Extremwetter doppelt¹⁶ bis dreimal¹⁷ so ausschlaggebend für Flucht und Vertreibung wie Krieg und Konflikt, wobei ein enger Zusammenhang besteht: Klimawandelbedingte Zerstörung und Knappheiten führen zu Krieg und (Verteilungs-)Konflikt, Krieg und Konflikt verschlechtern die unaufhaltsam fortschreitenden Verschlechterungen durch den Klimawandel zusätzlich, weil kein angemessenes Gegensteuern mehr möglich ist.

Deutschlands Mitverantwortung für diese Dimension von Flucht und Vertreibung ist beschreibbar, wenn man den Konsens der seriösen Wissenschaft akzeptiert, dass die Nutzung fossiler Rohstoffe und daraus resultierender Emissionen seit der Industrialisierung ein, wenn nicht der, Haupttreiber der Klimakatastrophe ist.¹⁸

Messungen sind stets komplex, aber möglich: Deutschland ist, historisch gesehen, der weltweit viertgrößte Emittent von Treibhausgasen und es ist fair zu sagen, dass Deutschlands Wohlstand zumindest zu einem großen Teil auf der Nutzung fossiler Rohstoffe beruht.¹⁹ Aktuell liegt Deutschland im weltweiten Vergleich bei der Emissionsmenge von Treibhausgasen auf Platz sechs,²⁰ allerdings in einer territorialen Statistik. Würde man die Emissionen Konsumbasiert messen, läge Deutschland auf einmal vor China, denn: Deutschland ist nur deshalb so „grün“, weil viele schmutzige Industrien ausgelagert wurden, deren Zwischen- oder Endprodukte aber für deutsche Firmen und Verbraucher hergestellt und über schmutzige Lieferketten (Schiffsdiesel! Kerosin!) nach Deutschland geschafft werden.²¹

Deutschland hat 2023 das ihm im Rahmen des angestrebten 1,5 Grad Ziel noch zustehende CO₂ Budget aufgebraucht und erhält seinen Wohlstand seither auf Kosten des Globalen Südens und kommender Generationen.²²

Aktuell ist die Menschheit auf Kurs in eine Welt, deren Durchschnittstemperatur zum Jahrhundertende um 2,7 Grad über dem vorindustriellen Zeitalter liegt, vielleicht sogar noch höher.²³ Das kann bedeuten, dass schon in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts bis zu 3 Milliarden Menschen vorübergehend oder dauerhaft ihre angestammte Heimat verlassen müssen, weil ein menschenwürdiges Leben unter diesen Vorzeichen dort nicht mehr möglich ist. Bis zu einem Drittel der Menschheit verliert also ihre Heimat²⁴ aufgrund von Hitze, Dürre, Extremwetter, steigende Meeresspiegel, Versalzung der Böden u.v.m.

Warnung vor Kurzsichtigkeit und Langzeitschaden!

Auf diesem Hintergrund ist zu fragen: Kann sich ein Land, welches als Exportnation sein Geld auch mit dem Geschäft mit Tod und Vertreibung sowie der Befeuern des Klimawandels verdient, von seiner Verantwortung für die dadurch mitverursachten Flüchtlingsströme distanzieren? Und zwar unabhängig davon, ob die Flüchtlinge nach Deutschland kommen (wie im Fall der Ukraine) oder „nur“ innerhalb ihrer eigenen Länder oder in der Region ihres Herkunftslandes enturzelt werden, was der überwiegende Fall im Globalen Süden ist?

Schaut man auf die aktuellen Agenda-Diskussionen, die unter dem wachsenden Einfluss von Rechtspopulisten innerhalb der EU laufen, so ist der Fokus auf Abwehr, Abschottung und, falls möglich, Auslagerung des Problems in Drittstaaten wie Albanien, Ruanda oder Ägypten. Das wird aber nicht die erhofften Resultate bringen.

Natürlich wird man kurzzeitig das Problem außer Sicht halten können, aber selbst Sicherheitsexperten und Berater der Bundeswehr warnen vor einer absehbaren Überforderung der Europa vorgelagerten Staaten oder den Hauptkrisenregionen dieser Welt.²⁵ Dies könnte zu einer Destabilisierung von Regierungen und Regionen führen, dies wiederum würde Handelswege und Absatzmärkte für die deutsche Industrie wegbrechen lassen. Wegen kurzzeitiger Gewinne langfristig alles gefährden: Das kann doch in niemandes Interesse sein!

Deutschland als weltweit drittgrößte Ökonomie und größte Ökonomie der Europäischen Union hätte immense Möglichkeiten, diese Entwicklungen zu verlangsamen, zum Halten zu bringen oder gar umzukehren. Wie aber die Aufweichung des Klimagesetzes sowie Deutschlands Kampf gegen eine angemessene Agrarreform²⁶ bzw. Renaturierungsmaßnahmen,²⁷ das Verbrenner-Aus²⁸ oder die Verweigerung eines Tempolimits belegen, haben Politik und Gesellschaft daran kein erkennbares Interesse. Das liegt mächtigen Lobbygruppen im Hintergrund, die Jobs und Besitzstände wahren wollen, vor allem Bauern und die Autoindustrie, aber eben nicht nur: Spricht man etwa mit gewerkschaftlich organisierten Menschen über die Notwendigkeit der sozial-ökologischen Transformation, wird stets gebremst mit dem Argument, das gefährde Jobs. Selbst der Hinweis, dass auch der ungebremste Klimawandel Jobs koste und Wohlstand zerstöre, hilft wenig – selbst Gewerkschafter denken inzwischen konservativ! Beleg ist die massive Krise Ende 2024 um die Zukunft von VW, wo nach der Ausschüttung von Milliarden dividenden an Aktionäre auf einmal Milliarden eingespart und Jobs vernichtet werden sollten. Statt nun im Kontext des sozial-ökologischen Umbaus unserer Wirtschafts- und Lebensweise eine Vergesellschaftung des VW-Konzerns mit nachfolgendem Umbau der Produktionspalette zu fordern – wozu es durchaus Konzepte gibt²⁹ – war die Gewerkschaft mit einer Absicherung des Status Quo zufrieden.

Schluss

Ganz klar: Die heute schon herrschenden sowie absehbaren Fluchtbewegungen sind nicht mit dem herkömmlichen rechtlichen und institutionellen Instrumentarium zu steuern. Wir brauchen weltweit, mindestens aber in der EU, einen offenen, faktenbasierten Diskurs über das Ausmaß der bestehenden und heraufziehenden Probleme und Gefahren und müssen eine „Mehrebenenpolitik“ entwickeln, die von der Wirtschafts- und Exportpolitik, Klimapolitik, Migrations- und Asylpolitik, Fluchtursachenbekämpfung, regionalen Anpassungshilfen und humanitären Nothilfen alles auf den Prüfstand stellt. Dann kann Deutschland sowohl seinen Wohlstand und seine Jobs retten als auch den Erfordernissen von Ethik, Moral, Menschen- und Völkerrecht gerecht werden. Eine Win-Win Situation.

Dazu gehört aber auch Ehrlichkeit gegenüber der eigenen Bevölkerung. Dass wir in schwierigen Zeiten leben, ist allen Menschen bewusst. Wie sie aber darüber sprechen, worauf sie sich einstellen und wozu sie bereit sind hängt maßgeblich von den Informationen ab, die sie vermittelt bekommen. Kirchen und NGOs leisten hier bereits ihren Teil, aber auch Parteien und die Politik sind dazu aufgrund ihres Amtseides, das Wohl des Volkes zu mehren und Schaden von ihm fernzuhalten, verpflichtet.

Literatur

Alt, Jörg (2009) Globalisierung, illegale Migration, Armutsbekämpfung. Karlsruhe: von Loeper

Alt, Jörg (Juni 2024) Milliarden Klimaflüchtlinge? In: Stimmen der Zeit, Seiten 403-412

Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2024) Rüstungsexportbericht 2024, Berlin

Vince, Gaia (2022) Nomad Century. How to Survive the climate upheaval. London: Penguin

¹ ARD Deutschlandtrend vom 9.1.2025 <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3454.html>

² Höland, Chr. (16.8.2024) Warum Deutschland in Peru Radwege finanziert – und die Wirtschaft das verteidigt <https://www.rnd.de/wirtschaft/deutschland-zahlt-radwege-in-peru-warum-wird-die-finanzierung-verteidigt-CKETSBBE25CT5NM5LQDKV62KBU.html>

³ SIPRI Yearbook 2024, <https://www.sipri.org/yearbook/2024>

⁴ Vorläufige Rüstungsexportzahlen für das Jahr 2024 veröffentlicht und Rüstungsexportbericht für das Jahr 2023 verabschiedet (18.12.2024) <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/12/20241218-vor-laeufige-ruestungsexportzahlen-2024-ruestungsexportbericht-2023.html>

⁵ Noll, A. (19.7.2024) War in Gaza: Germany supplies 30% of Israel's arms imports <https://www.dw.com/en/war-in-gaza-germany-supplies-30-of-israels-arms-imports/a-69717540>

⁶ Diese Waffen und militärische Ausrüstung liefert Deutschland an die Ukraine (23.12.2024) <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/lieferungen-ukraine-2054514>

⁷ European Center for Constitutional and Human Rights Brutale Polizeiaktion in Mexiko: Verantwortung von deutscher Waffenfirma Heckler & Koch <https://www.ecchr.eu/fall/brutale-polizeiaktion-in-mexiko-verantwortung-von-deutscher-waffenfirma-heckler-koch/>

⁸ Klug, T. (7.2.2022) Faktencheck: Deutsche Waffen in Krisengebieten <https://www.dw.com/de/faktencheck-deutschland-liefert-doch-waffen-in-krisengebiete/a-60667432>

⁹ Dual Use Güter <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/Ausfuhr-und-Ruestungsexportkontrolle/dual-use-gueter.html>

¹⁰ Müller, St. u.a. (9.11.2023) Die Rolle des Geschäftsführers als Ausfuhrverantwortlicher <https://live.handelsblatt.com/die-rolle-des-geschaeftsfuehrers-als-ausfuhrverantwortlicher/>

¹¹ Müller, B. (22.9.2023) Wie westliche Mikrochips trotz Sanktionen immer noch in Russland landen <https://www.telepolis.de/features/Wie-westliche-Mikrochips-trotz-Sanktionen-immer-noch-in-Russland-landen-9313422.html> oder Abgeschossene russische Stealth-Drohne war voller westlicher Elektronik (15.11.2024) Drohne <https://www.derstandard.de/story/3000000244887/abgeschossene-russische-stealth-drohne-war-voller-westlicher-elektronik>

¹² Wergin, Chr. (2.9.2024) Wenn in den Trümmern der Hisbollah-Killer-Drohne „Made in Germany“ steht <https://www.welt.de/politik/ausland/plus253257480/Naher-Osten-Wenn-in-den-Truemern-der-Hisbollah-Killer-Drohne-Made-in-Germany-steht.html>

¹³ Lutz, M. u.a. (20.4.2024) Während Israel sich wehrt, liefert Berlin dem Iran riskante Güter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article251117520/Iran-Israel-wehrt-sich-Berlin-liefert-Mullahs-riskante-Gueter.html>

¹⁴ Fischer, M. (12.12.2024) Rüstungsaktien so attraktiv wie nie? Darum könnten Rheinmetall und Co jetzt richtig durchstarten <https://www.boerse-online.de/nachrichten/aktien/ruestungsaktien-so-attraktiv-wie-nie-darum-koennten-rheinmetall-und-co-jetzt-richtig-durchstarten-20371713.html>

¹⁵ AKTIEN IM FOKUS: Trumps Forderung treibt Rüstungsaktien an (8.1.2025) <https://www.boerse.de/nachrichten/AKTIEN-IM-FOKUS-Trumps-Forderung-treibt-Ruestungsaktien-an/36878151> Fünf Prozent für Verteidigung - und wieder Drohungen (7.1.2025) <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/trump-usa-nato-oelbohrungen-groenland-panamakanal-100.html>

¹⁶ Climate change and displacement: the myths and the facts, abgerufen am 10.1.2025 <https://www.unhcr.org/news/stories/climate-change-and-displacement-myths-and-facts>

¹⁷ Klimakrise als Fluchtgrund, abgerufen am 10.1.2025) <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/themen/fluchursachen/klimawandel>

¹⁸ Causes and Effects of Climate Change, abgerufen am 10.1.2025, <https://www.un.org/en/climatechange/science/causes-effects-climate-change> <https://ourworldindata.org/co2-and-greenhouse-gas-emissions>

¹⁹ Share of global cumulative CO₂ emissions, abgerufen am 10.1.2025 <https://ourworldindata.org/grapher/share-of-cumulative-co2?time=latest&country=USA~GBR~CHN~IND~DEU~RUS>

²⁰ Fakt ist: Deutschland gehört zu den Top Ten der weltgrößten CO₂-Verursacher. Außerdem hat es sich im Pariser Abkommen längst völkerrechtlich zu ehrgeizigen Emissionssenkungen verpflichtet, abgerufen an 10.1.2025 <https://www.klimafakten.de/klimawissen/fakt-ist/fakt-ist-deutschland-gehoert-zu-den-top-ten-der-weltgroessten-co2-verursacher>

²¹ Per capita consumption-based CO₂ emissions, abgerufen am 10.1.2025 <https://ourworldindata.org/grapher/consumption-co2-per-capita?country=~DEU>

²² SRU (Oktober 2024) Where do we stand with Germany's CO₂ budget? An update https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/EN/04_Statements/2024_2028/2024_11_CO2_Budget_An_Update.pdf?__blob=publicationFile&v=9

²³ Ellis, J. u.a. (14.11.2024) Climate Action Tracker: 2024 warming projection update <https://climateanalytics.org/publications/cat-global-update-as-the-climate-crisis-worsens-the-warming-outlook-stagnates>

²⁴ Lenton, T. u.a. (22.5.2023) Quantifying the human cost of global warming <https://www.nature.com/articles/s41893-023-01132-6>

²⁵ Plentinger, S. (16.2.2024) Dürre, Migration, Krieg: Der Klimawandel als Sicherheitsrisiko? <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/duerre-migration-krieg-der-klimawandel-als-sicherheitsrisiko,U4L86iy>

²⁶ Analysis: How do the EU farmer protests relate to climate change? (5.2.2024) <https://www.carbonbrief.org/analysis-how-do-the-eu-farmer-protests-relate-to-climate-change/>

²⁷ Germany violated nature conservation law, rules EU top court (21.9.2023) <https://www.dw.com/en/germany-violated-nature-conservation-law-rules-eu-top-court/a-66882782>

²⁸ Eine Reihe guter EU-Vorhaben, etwa das Verbrennerverbot oder eine Reform der Landwirtschaft, wurden von FDP und CDU/CSU hintertrieben.

²⁹ Warum braucht es eine Vergesellschaftung von Volkswagen? Abgerufen am 10.1.2025 <https://verkehrswendestadt.de/warum-brauchen-wir-eine-vergesellschaftung-von-volkswagen/>